

Denkmalschutz bleibt aktuell

14. September 1976

1. Der Wiederaufbau der Städte und Dörfer nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich unter dem Druck erheblicher Wohnungsnot und als Folge des wirtschaftlichen und technischen Aufschwungs zunächst überwiegend an der Schaffung der materiellen Existenzvoraussetzungen orientiert. Dabei traten die kulturellen Ziele gegenüber den wirtschaftlichen Zielen in den Hintergrund. In den letzten Jahren wuchs angesichts dieses beschleunigten Veränderungsprozesses das Bewußtsein, daß überkommene Elemente der Stadtgestalt und Baudenkmale einen besonderen Wert haben. Sie kommen dem Bedürfnis des Bürgers nach Identifikation mit seiner Stadt und seinem Dorf und nach Orientierung in ihnen entgegen. Dorfkerne und Stadtbilder, Straßenzüge und Ensembles früherer Bauepochen sind vielfach durch jenes Gleichgewicht von Individualität und Ordnung gekennzeichnet, das sie dem Bürger unverwechselbar macht und ihm somit die Identifikation mit seiner Stadt und seiner Gemeinde erleichtert.
2. Die Wiederbesinnung auf den Denkmalschutz und das zunehmende Interesse an historischen Bauten sind durch das „Europäische Denkmalschutzjahr 1975“ entscheidend gefördert worden. Das Ziel der Kampagne, in einer umfassenden Aufklärung der Öffentlichkeit für den Gedanken des Denkmalschutzes zu werben, wurde erreicht. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich nicht nur an der Arbeit des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr intensiv beteiligt, sondern zugleich ihre Mitglieder und die Kommunalpolitiker aufgerufen, Denkmäler und Gesamtkomplexe von historischem und ästhetischem Wert zu schützen und sie einer lebendigen Aufgabe in unserer Gesellschaft zuzuführen.* Die Gemeinden und Kreise haben trotz der angespannten Finanzsituation in erfreulicher Weise Initiativen entwickelt, Arbeitsgemeinschaften gegründet und beispielhafte Lösungen vorgestellt. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern.
3. **Die Ziele und Aufgaben, die sich das Europäische Denkmalschutzjahr gesetzt hatte, sind mit seinem Ablauf nicht erledigt.**

Die angemessene Einbindung der Baudenkmale und schutzwürdigen Bereiche in ihre sich rasch verändernde Umwelt, aber auch die Pflege einer anspruchsvollen und sozialbewußten zeitgenössischen Architektur in rücksichtsvoller Entsprechung gegenüber den historischen und ästhetischen Gegebenheiten der Denkmale müssen weiterhin Forderungen bleiben, die gleichberechtigt neben wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten der Gemeindeentwicklung zu berücksichtigen sind. Diese Aufgabe ist nur durch eine enge Zusammenarbeit von Stadtplanung und Denkmalpflege zu lösen. Die kommunalen Spitzenverbände werden sich hierfür auch in Zukunft einsetzen:

- Die kommunalen Spitzenverbände sind bereit, im „Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz“, das die Arbeit des „Deutschen Nationalkomitees

für das Europäische Denkmalschutzjahr 1975“ fortsetzen soll, mitzuwirken. Sie erwarten, daß das Komitee unter Zusammenfassung aller politischen und fachlichen Kräfte nicht nur den Belangen des Denkmalschutzes Publizität verleiht, sondern einen weiterführenden und konkreten Erfahrungsaustausch gewährleistet und gesetzgeberische Hilfen anregt.

- Die kommunalen Spitzenverbände rufen die Kommunen auf, sich 1977 bis 1979 an dem bundesweiten Wettbewerb „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“ zu beteiligen. Der vom Bund, den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden auszulobende Wettbewerb ist für die Gemeinden eine Gelegenheit, beispielhafte Lösungen in erhaltenswerten Bereichen einer Stadt oder eines Dorfes einer breiten Öffentlichkeit sichtbar zu machen und damit Anregungen für die sachgerechte Lösung dieser Aufgabe zu geben.
- Die kommunalen Spitzenverbände appellieren erneut an den Deutschen Bundestag, insbesondere durch geeignete steuerrechtliche Maßnahmen Privatinitiative und privates Kapital zum Nutzen aller in den Dienst des Denkmalschutzes stellen zu helfen.

Anmerkung

- * Empfehlungen des Deutschen Städtetages in „Der Städtetag“ 1974, S. 32, des Deutschen Landkreistages in „Der Landkreis“ 1974, S. 341 und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in „Städte- und Gemeindebund“ 1975, S. 105.